



2. Juni 2017

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Mergen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Buhrke,
sehr geehrter Herr Landrat Bäuerle, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schnurr,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Ernst, Huber, Knittel und Pfetzer.

Wir sind eine Gruppe von Bürgern, die sich in nunmehr über zwei Jahren in hunderten von Stunden und gemeinsamen Sitzungen ein umfassendes Wissen zum komplexen Thema Windenergienutzung angeeignet hat. Wir sind gerne bereit, Sie mit einer ca. 90 Minuten dauernden Präsentation über die gewonnenen Erkenntnisse unserer Arbeit zu informieren.

Aufgrund einer grundlegend veränderten Faktenlage, insbesondere seit dem Juli 2016, wenden wir uns heute an Sie. Wir bitten Sie darum, sich mit den veränderten Fakten zu befassen. Wir sind sicher, dass Sie dann, zum Wohle der Ihnen anvertrauten Menschen und unserer einmaligen Region, die bislang zur Rede stehenden Windkraftstandorte auf dem Hummelsberg (Vorranggebiet 510) und dem Wettersberg (Vorranggebiet 512) als ungeeignet bewerten werden.

Sowohl die Lärmproblematik als auch die Problematik des Infraschalls von Windkraftanlagen ist ein wesentlich größeres Problem als bislang vermutet.

Im August 2016 veröffentlichte der renommierte Verein der Deutschen Ingenieure Untersuchungen (<http://www.vdi-nachrichten.com/Technik-Wirtschaft/Schallprognosen-greifen-zu-kurz>), die belegen, dass die Angaben der Windkraftanlagenhersteller zu den Schallimmissionen nicht stimmen. Dazu passen bundesweit viele Beispiele, in denen große Windkraftanlagen in bis über 3 Kilometer Entfernung untragbare Lärmprobleme verursachen. Als Beispiele aus Baden-Württemberg seien der Bürgerwindpark Südliche Ortenau und der Windpark Lauterstein genannt. Telefonieren Sie gerne mit den örtlichen Bürgermeistern. (<http://www.badische-zeitung.de/schuttertal/windraeder-machen-mehr-laerm-als-geplant--123243356.html>)

Das allergrößte Problem zeigt sich jedoch in der Hilflosigkeit der Behörden, wenn diese – wie beispielsweise beim Bürgerwindpark Südliche Ortenau – Ihre Bürger im Falle von Lärmproblemen schützen wollen. Durch eigene Messungen und nächtliche Begehungen vor Ort kam das Landratsamt Offenburg zu dem Ergebnis, dass die Windkraftanlagen des Bürgerwindparks Südliche Ortenau zu laut sind. Durch Betriebseinschränkungen und Untersagungen in der Nacht wollte das Landratsamt seine Bürger schützen. Die Betreiber der Anlage reichten Gegenklage ein und es wurde seitens des



Verwaltungsgerichts Freiburg festgestellt, dass die Anlagen entsprechend der TA-Lärm („Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“) betrieben werden. Die subjektiven Eindrücke der Anwohner wurden in Relation zu den (Gewinn-) Interessen der Betreibergesellschaft als weniger bedeutend eingestuft. Das Problem: Die TA-Lärm stammt aus dem Jahr 1998 und erfasst die tieffrequenten Lärmpegel von großen Windkraftanlagen nicht. Das Umweltbundesamt hat dies im Frühjahr 2017 in einer Veröffentlichung kritisiert. Einerseits werden diese Schallimmissionen derzeit aufgrund des ungeeigneten Messverfahrens nicht erfasst, wodurch für den tieffrequenten Schall keine Planungsgrundlage entsteht. Was aber andererseits noch viel schwerer wiegt, ist, dass die Behörden im Falle von Lärmbeschwerden nach dem Bau der Anlagen keine Handlungsmöglichkeit mehr haben. Im Klartext und auf unser Beispiel bezogen: Der Bürgerwindpark Südliche Ortenau ist zu laut, die Menschen leiden und keine Behörde kann etwas für die Bürger tun. Die ersten Familien verlassen schon ihre Heimat, um ihre Gesundheit und die ihrer Kinder zu schützen.

Weiter stellt der Infraschall, entgegen anderer in Baden-Württemberg noch vertretenen öffentlichen Meinungen, ein weitaus größeres Problem für die Menschen dar. Hierzu sei auf eine am 12. April 2017 veröffentlichte Studie der Charité Berlin, der PTB Braunschweig und des UKE Hamburg verwiesen. In dieser Studie wurde erstmals der negative Einfluss von tieffrequentem Schall und Infraschall auf die Hirnaktivität nachgewiesen. Zusätzlich zu dieser Studie muss man die im März 2017 veröffentlichte Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffen (BGR) heranziehen. Darin wird festgestellt, dass die Schallimmissionen moderner und großer Windkraftanlagen Reichweiten von über 20 (!) Kilometer haben. Betrachtet man weltweite Studien zum diesem Thema, kommt man zu dem Ergebnis, dass zwischen Windkraftanlagen und den nächsten Wohnhäusern Abstände von mindestens 3 bis 5 Kilometern liegen müssten, um schwerwiegende Gesundheitsgefährdungen auszuschließen. Bezogen auf unsere Situation vor Ort: Sowohl am Standort Hummelsberg als auch am Standort Wettersberg liegen die Abstände zu den ersten größeren Wohnsiedlungen wie z.B. Schmalbach, den Grobbachhöfen und Bühlertal-Büchelbach bei lediglich 600-700 Metern. Zu großen Wohngebieten wie Au, Bermersbach, Bühlertal, Geroldsau, Malschbach, Neuweier und der Max Grundig Klinik gerade mal 1000 – 2000 Meter.

Es gibt viele weitere Gründe (Landschafts-, Artenschutz, Tourismus, Weltkulturerbe etc.), die vorgesehenen Standorte für Windkraftanlagen auf dem Hummelsberg und dem Wettersberg abzulehnen. Wir denken aber, dass in allererster Linie der Schutz der Ihnen anvertrauten Bürgerinnen und Bürger stehen muss.

Ihr gemeinsam eingeschlagener Weg, die erneuerbare Energie in unserer Region voranzubringen, war und ist richtig. Schauen Sie sich die Studie des Fraunhofer-Instituts Freiburg vom November 2016 an (<http://www.cdu-fraktion-baden-baden.de/antrag-zur-pruefung-des-baus-moderner-nachfuehrender-photovoltaikanlagen/>). Das Institut fordert dringend den forcierten Ausbau von Photovoltaik.



Unsere Region ist wasser- und sonnenreich, gehört aber – bis auf die Gipfellagen – zu den windschwächsten Regionen in ganz Deutschland. Mit dem Rheinkraftwerk Iffezheim verfügen wir über eines der größten Laufwasserkraftwerke Europas. Mit der Schwarzenbachtalsperre über eines der ältesten Wasserkraftwerke. Es gibt also bessere und sinnvollere Lösungen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie in unserer Region, die zudem keine Gesundheitsgefährdung für die vielen Anwohner darstellen. Schützen Sie unsere Trinkwasserquellen sowie unseren Wald, der auch ein wertvoller CO²-Speicher ist, und beenden Sie die menschen- und naturschädlichen Planungen auf dem Hummelsberg und dem Wettersberg.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Baumann

Ines Inthorn

Cornelia von Loga

Saskia Ramin

Axel Baumann

Horst Feldmann

Ansgar Gernsbeck

Detlef Heusler

Kurt Jülg

Stephan Maier

Karl Maier

Michael Mitzel

Hans Schindler

Uwe Serr

Martin Weingärtner

Dirk Walter